

Parlamentarischer Vorstoss

2026/6407

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Ozonbelastung reduzieren und Bevölkerung besser schützen
Urheber/in:	Fredy Dinkel
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Agostini, Beck, Groelly, Hartmann, Hasanaj, Heger, Ineichen, Müller, Oberholzer, Streun-Schäfer, Stucki, Tschendlik, Zeller
Eingereicht am:	27. August 2026
Dringlichkeit:	—

Die Ozonbelastung gehört auch heute noch zu den ungelösten Herausforderungen der Luftreinhaltung. Gerade in den Sommermonaten werden im Kanton BL regelmässig sehr hohe Ozonwerte gemessen. Gemäss Luftreinhalte-Verordnung (LRV) darf die Ozonkonzentration von 120 µg/m³ als Stundenmittelwert höchstens während einer Stunde pro Jahr überschritten werden. Im laufenden Jahr wurden an den Baselbieter Messstationen weit über 400 Überschreitungsstunden registriert.

Diese Tatsache zeigt, dass die Ozonbelastung trotz Fortschritte bei der Luftreinhaltung in den vergangenen Jahrzehnten weiterhin ein relevantes Problem darstellt. Ozon ist kein harmloser Bestandteil der sommerlichen Luft: Hohe Ozonkonzentrationen beeinträchtigen die menschliche Gesundheit. Sie können die Atemwege reizen und insbesondere bei empfindlichen Personen gesundheitliche Beschwerden verursachen. Ozon hat darüber hinaus erhebliche Auswirkungen auf Vegetation und Ökosysteme. Länger andauernde erhöhte Belastungen können zu Wachstumseinbussen und bei landwirtschaftlichen Kulturen zu Ernteeinbussen führen. Das Bundesamt für Umwelt weist darauf hin, dass je nach Kultur und Witterungsbedingungen Ertrageinbussen von bis zu 15% möglich sind.

Die Bekämpfung der Ozonbelastung stellt aus verschiedenen Gründen eine besondere Herausforderung dar. So wird Ozon nicht direkt ausgestossen, sondern entsteht durch komplexe photochemische Prozesse aus Vorläuferschadstoffen wie NO_x und VOC unter dem Einfluss von Sonnenlicht. Zudem werden Ozon und seine Vorläuferschadstoffe über grosse Distanzen transportiert. Ein Teil der Belastung kann deshalb nicht allein durch den Kanton Basel-Landschaft beeinflusst werden. Eine entsprechende Zusammenarbeit mit den Nachbarn ist daher notwendig.

Gerade deshalb ist es notwendig die bisherigen Anstrengungen zu überprüfen und daraus eine wirksame Strategie abzuleiten: Was kann der Kanton selbst tun? Wo bestehen zusätzliche Handlungsmöglichkeiten? Und wo muss er gemeinsam mit dem Bund, den Nachbarkantonen sowie den angrenzenden Regionen in Deutschland und Frankreich ansetzen?

Ebenso wichtig ist der Schutz der Bevölkerung. Wenn hohe Ozonwerte prognostiziert oder gemessen werden, sollte die Bevölkerung rasch, verständlich und gut sichtbar informiert werden. Die Menschen müssen wissen, wann mit der höchsten Belastung zu rechnen ist, wer besonders gefährdet ist und wie sich die persönliche Belastung reduzieren lässt.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten,

1. welche zusätzlichen Massnahmen der Kanton Basel-Landschaft ergreifen kann, um die Ozonbelastung langfristig zu reduzieren, insbesondere durch eine weitere Verminderung der Emissionen der für die Ozonbildung relevanten Vorläuferschadstoffe NO_x und VOC;
2. in welchen Bereichen des Kantons bestehen die grössten zusätzlichen Reduktionspotenziale und welche Massnahmen sind hinsichtlich ihrer erwarteten Wirkung, Kosten und Umsetzbarkeit besonders erfolgversprechend;
3. welche Möglichkeiten für eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit bestehen, insbesondere mit dem Bund, den Nachbarkantonen sowie den angrenzenden Regionen in Deutschland und Frankreich, um die Ozonbelastung und die Emissionen ihrer Vorläuferschadstoffe wirksam zu reduzieren;
4. mit welchen Massnahmen die Bevölkerung bei hohen Ozonbelastungen besser geschützt werden kann, insbesondere durch eine frühzeitige, verständliche und gut sichtbare Information über aktuelle und erwartete Ozonwerte, gesundheitliche Risiken und geeignete Verhaltensweisen.

Bei der Prüfung sollen unter anderem folgende Massnahmen als mögliche Optionen berücksichtigt werden: die beschleunigte Reduktion besonders emissionsintensiver Fahrzeuge, die weitere Verminderung von VOC-Emissionen in Industrie und Gewerbe, die Förderung emissionsarmer Mobilität sowie eine verstärkte Information der Bevölkerung während Ozonepisoden. Auch zeitlich begrenzte Massnahmen während ausgeprägter Belastungssituationen sollen hinsichtlich ihrer tatsächlichen Wirksamkeit geprüft werden. Auch wenn kurzfristige Massnahmen allein das Ozonproblem nicht lösen können. Entscheidend sind langfristige Reduktionen der relevanten Vorläuferschadstoffe sowie eine verstärkte Zusammenarbeit über die Kantons- und Landesgrenzen hinweg.

Der Regierungsrat wird gebeten aufzuzeigen, mit welchen konkreten und verhältnismässigen Schritten der Kanton Basel-Landschaft seinen Beitrag leisten kann, damit die wiederkehrend hohen Ozonbelastungen langfristig reduziert und die Bevölkerung bei hohen Belastungen besser geschützt werden kann.